

# **BERLINER RUNDSCHAU**

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: einmal im Quartal



**Auf einen schönen Sommer!**  
**Berliner sind heute gute Gastgeber.**  
**Und morgen gute Gäste.**

**Gute Nachrichten  
für Berlin bei  
der Grundsteuer**

**Ute Bonde:  
Das ist die neue  
Senatorin**

**Vor den Wahlen  
in Thüringen, Sachsen  
und Brandenburg**

## Das sagt die Presse

„Für die wachsende Stadt ist sie [Ute Bonde] ein Gewinn.“  
(*Tagesspiegel*, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-neue-verkehrssenatorin-ute-bonde-ist-die-richtige--wegen-cdu-proporz-ein-jahr-zu-spat-11614154.html>)

„Im Mittelpunkt steht die Machtfrage, die zwischen der Landesebene – den Senatsverwaltungen – und der Bezirksebene neu auszuhandeln ist. Misstrauen auf beiden Seiten über alle Parteigrenzen hinweg erschwerte lange jeden Fortschritt. Dass das plötzlich anders aussah, gehörte zu den Pluspunkten, als Ende April ein Jahr schwarz-roter Koalition zu bilanzieren war. Regierungschef Kai Wegner (CDU) hatte es offenbar geschafft, bei allen Beteiligten das Gefühl zu wecken, zumindest gehört und nicht über den Tisch gezogen zu werden. In diese Richtung äußerten sich nach ersten Treffen führende Vertreter von Grünen und Linkspartei eindeutig, auch auf die Gefahr hin, für solches Wegner-Lob Kritik von ihren eigenen Leuten zu bekommen.“  
(*taz* <https://taz.de/Grundsatzdebatte-zu-Land-und-Bezirken/16015704/>)

„Zur Fußball-EM zeigt sich die Hauptstadt von ihrer besten Seite.“  
(*Tagesspiegel*, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wenigstens-ist-berlin-kein-shithole-zur-fussball-em-zeigt-sich-die-hauptstadt-von-ihrer-besten-seite-11862977.html>)

„Im Abgeordnetenhaus erklärte der CDU-Politiker [Stefan Evers] verständlich, wie es um die Finanzen der Hauptstadt bestellt ist (katastrophal) und wo er sparen muss (überall). Berlin hat über seine Verhältnisse gelebt und das Geld in den vergangenen Jahren zu freizügig verteilt. Künftig wird nicht mehr jedes Projekt, jeder Verein mit Zuschüssen rechnen dürfen. Geld für neue Straßen, Radwege und auch die Kultur wird knapper. Lobby-Gruppen werden aufschreiben und Evers verteufeln. Er muss sich durchsetzen, damit Berlin nicht Pleite geht.“  
(*BZ*, <https://www.bz-berlin.de/berlin/berlin-droht-der-grosse-spar-hammer>)

„Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch zeigt Mut.“  
(*Berliner Zeitung*, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/neue-zahlen-in-berlin-fehlen-fuers-naechste-schuljahr-695-lehrer-li.2228404>)

Über Nacht wurde fleißig gezählt, nun steht das Ergebnis. Bei der Europawahl hat die Union einen klaren Sieg eingefahren.  
(*Spiegel*, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/europawahl-2024-cdu-csu-klar-vorn-bittere-zahlen-fuer-spd-und-gruene-a-83a5daee-6bfb-4e91-a0e7-4188645a7ca1>)

Der CDU-Parteichef wird immer beliebter. Im Vergleich zur Vorwoche legt Friedrich Merz um drei Punkte zu und klettert von dem sechsten auf den fünften Rang der deutschen Lieblings-Politiker. Damit liegt er NEUN Plätze vor SPD-Kanzler Olaf Scholz (Rang 14) und weit vor Grünen-Vizekanzler Robert Habeck (Rang 15) und FDP-Finanzminister Christian Lindner (Rang 12).  
(*Bild*, [https://www.bild.de/politik/inland/neue-umfrage-merz-knallt-ploetzlich-rauf-6866f43a3cd76512c9daa847?utm\\_source=Newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_content=&utm\\_campaign=email-campaign](https://www.bild.de/politik/inland/neue-umfrage-merz-knallt-ploetzlich-rauf-6866f43a3cd76512c9daa847?utm_source=Newsletter&utm_medium=email&utm_content=&utm_campaign=email-campaign))

## IN DIESER AUSGABE...

### Unsere Stadt als Gastgeber

Auf beinahe jeden erwachsenen Berliner kommt in diesen Wochen ein Fußballfan. Wie die Stadt und Kai Wegner sie willkommen heißen, lesen Sie auf den

*Seiten 4 und 5.*

### Gute Nachrichten für alle Berliner

kommen unverhoffter- aber verdienterweise vom Berliner Finanzsenator Stefan Evers. Was er zur Reform der Grundsteuer zu sagen hat, steht auf den

*Seiten 6 und 7.*

### „Ein Gewinn für unsere Stadt“

ist laut einer Berliner Tageszeitung die neue Verkehrssenatorin Ute Bonde. Für welche Politik sie in ihrer Verwaltung steht, können Sie nachlesen auf der

*Seite 11.*

### Keine „Ost-Wahlen“

sind die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Lesen Sie dazu einen Namensbeitrag des sächsischen Staatsministers Conrad Clemens auf

*Seite 12.*

### Pack die Badehose ein

Was Sie im Sommer so zum Beispiel alles in Berlin unternehmen können, haben wir Ihnen aufgelistet auf

*Seite 16*

”

Wir dulden keinen Antisemitismus  
in Berlin – weder auf den Straßen  
unserer Stadt, noch in der Kulturszene,  
noch an den Universitäten.

## Liebe Leserinnen und Leser,



seit dem 7. Oktober hat sich das Leben für unsere jüdischen Mitbürger radikal verändert. Der Bericht der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) zeigt, dass antisemitische Vorfälle deutlich zugenommen haben. Das Bedrohungsgefühl ist real, immer mehr Jüdinnen und Juden spielen mit dem Gedanken, Deutschland zu verlassen. Hier ist längst etwas ins Rutschen geraten.

Immer wieder müssen wir erleben, wie Demonstrationen dazu genutzt werden, israelfeindlichen und antisemitischen Hass zu verbreiten. Ein jüdischer Student wurde verprügelt und schwer verletzt, nur weil er Jude ist. Lehrende der Berliner Hochschulen solidarisieren sich mit antisemitischen Aussagen. Auf den Straßen Berlins prangt allzu häufig das rote Dreieck der Terrororganisation Hamas, ein Aufruf zu Gewalt und Mord an Jüdinnen und Juden und all denen, die sich für sie einsetzen.

Besonders erschreckend ist der Antisemitismus dort, wo er offen und von vermeintlichen gesellschaftlichen Vorbildern ausgelebt wird. Wenn zum Beispiel die Präsidentin der TU Berlin in den Sozialen Medien antisemitische Beiträge gutheißt und kein Rücktritt folgt, dann kommt sie nicht nur der Verantwortung ihres Amtes nicht nach. Sie trägt mit ihrem unwürdigen Verhalten auch dazu bei, dass Juden Hass salonfähig wird. Denn wenn Antisemitismus keine klare Verurteilung und Konsequenzen erfährt, dann können sich Radikale in ihrer wirren Sicht bestätigt fühlen.

Die Lehre aus den beschämenden antisemitischen und antiisraelischen Vorfällen an Universitäten kann nur sein, dass wir uns dem gemeinsam und mit aller Kraft entgegenstellen. Wenn wir Juden Hass achselzuckend hinnehmen, dann ist das der Einstieg in die moralische Rolltreppe abwärts. Das Verhalten der TU-Präsidentin muss deshalb Konsequenzen haben. Als CDU Berlin halten wir deshalb an der Forderung fest, dass die TU-Präsidentin zurücktreten muss.

Als Christdemokraten stehen wir auch im CDU-geführten Senat zu unserem Bekenntnis des „nie wieder“. Wir dulden keinen Antisemitismus in Berlin – weder auf den Straßen unserer Stadt, noch in der Kulturszene, noch an den Universitäten. Damit kein Steuergeld in Antisemitismus fließt, arbeiten wir in der Landesregierung an einer Rechtsklausel, die staatliche Unterstützung in der Kunst von einem Bekenntnis gegen Antisemitismus abhängig macht.

Es ist höchste Zeit, dass auch auf Bundesebene Worten der Betroffenheit auch politische Taten folgen. Antisemiten und Volksverhetzer müssen härter als bisher bestraft werden. Das Hamas-Dreieck muss verboten, Lücken im Strafgesetzbuch geschlossen werden. Das Leugnen des Existenzrechts des Staates Israel und der Aufruf zur Beseitigung des Staates Israel müssen unter Strafe gestellt werden. Dazu muss Antisemitismus als besonders schwerer Fall der Volksverhetzung im Strafgesetzbuch eingestuft werden.

Wir sind überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – egal welcher Herkunft und Religion – ein Anrecht haben, in Deutschland sicher leben zu können. Und an alle, die Antisemitismus mit Israelkritik verwechseln: Es ist egal, aus welchen Gründen man antisemitische Straftaten begeht. Für Hass und Gewalt an Jüdinnen und Juden kann es keine Rechtfertigung geben. Daher gilt für uns umso mehr: Antisemitismus und Antisemiten haben in Deutschland keinen Platz. Dazu stehen wir, heute und in Zukunft.

Es grüßt Sie herzlich

*Dr. Ottilie Klein*

Generalsekretärin der CDU Berlin





Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner mit Mitgliedern der Berliner Landesregierung auf der größten Fan-Meile und vor dem größten „Fußball-Tor“ Deutschlands.

## Wegner: EM soll ein neues Wir-Gefühl fördern

Eine 24.000 Quadratmeter große, grüne Rasenfläche erstreckt sich von der Siegessäule bis zum Brandenburger Tor. Dort erhebt sich das „größte Fußballtor der Welt“: 26 Meter hoch und 63 Meter breit. Diese imposante Kulisse bildet das Herzstück der Berliner Fanmeile, die ein einzigartiges Public-Viewing-Erlebnis bietet. Fünf riesige Leinwände entlang der Straße des 17. Juni ermöglichen es tausenden Fans aus ganz Europa, die Spiele live zu verfolgen und gemeinsam die Höhepunkte des Turniers zu erleben. In Berlin und vor allem dort herrscht eine einzigartige Fußball-Atmosphäre.

Insgesamt 2,5 Millionen Fußballfans werden in der Hauptstadt erwartet. Damit ist diese EM auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Berlin. Und seitdem Berlins Landesregierung von der CDU geführt wird, zeigt unsere Stadt einmal mehr, dass sie Großveranstaltungen kann. Für den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner ist diese EM auch Symbol für Gemeinschaft. Er erinnert an die guten Erfahrungen der Fußball-WM

2006, die als „Sommermärchen“ in die Geschichte einging, und hofft, dass jetzt in Berlin eine ähnliche Stimmung entsteht. „Diese Veranstaltung soll ein neues ‚Wir-Gefühl‘ fördern und Berliner und Gäste aus ganz Europa zusammenbringen“, sagt er.

Und tatsächlich: Berlin während der EM ist kein beliebiger Austragungsort, sondern ein Magnet für all jene, die die Atmosphäre der Europameisterschaft in einer Metropole erleben möchten. Und auf der Straße des 17. Juni ist Berlins ultimativer Pop-up-Park entstanden, der Raum für Entspannung und Begegnungen zwischen den Spielen bietet, der Menschen zusammenbringt. Unsere Stadt präsentiert sich als eine offene und gastfreundliche Metropole.

Von dieser Europameisterschaft wird auch nachhaltig etwas bleiben. Der ausgelegte grüne Rasen etwa, wird nach dem Turnier auf Berlins Bolzplätzen weiterverwendet. Und allen voran die Investitionen in die Modernisierung des Olympiastadions

und anderer Infrastrukturen stellen sicher, dass die Sportstadt Berlin auch nach dem Turnier von diesen Verbesserungen profitiert. Diese EM zeigt im besten Sinne, dass solche Events nachhaltig und Ressourcen schonend gehen.

Bei all der guten Stimmung, die jetzt auf Berlins Straßen herrscht, hat Sicherheit oberste Priorität. Tausende Polizeikräfte sichern unsere Stadt mit modernster Technik und Spezialfahrzeugen. An stark frequentierten Orten wie dem Olympiastadion und der Fanmeile werden Verbotszonen für Waffen und Messer eingerichtet. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, ein sicheres Umfeld für alle Besucherinnen und Besucher Berlins zu schaffen.

Am Sonntag dem 14.7. ist es dann so weit: Das große Finale dieser Europameisterschaft. Vielleicht holt sich Deutschland den ersehnten Titel. Wir drücken jedenfalls fest die Daumen. Aber nach dem Spiel ist bekanntlich vor dem Spiel. Für Berlin als Austragungsort von sportlichen Großevents gilt das allemal. Denn schon bald fällt die Entscheidung, ob und mit welchen Städten sich Deutschland für Olympia bewirbt. Berlin ist immer bereit für mehr.

## Kai Wegner unterwegs



Als Regierender Bürgermeister von Berlin ist Kai Wegner viel unterwegs. Ob zu Besuch in Tokio, als Redner beim Bundesparteitag der CDU Deutschlands, beim Maifest vor dem Roten Rathaus oder auch bei der 75-Jahr-Feier der Sportfreunde Kladow – Politik für die Menschen in seiner Heimatstadt



Berlin zu machen, ist ein Herzensanliegen für den gebürtigen Spandauer. Sein Ziel ist es, wichtige Themen für Berlin Schritt für Schritt voranzubringen – und zwar gemeinsam mit den Berlinern. Und



so ist der Regierende seit Anfang dieses Jahres auch im Rahmen der Gesprächsreihe „Kai Wegner vor Ort“ in allen zwölf Berliner Bezirken unterwegs, um mit den Menschen Lösungen für die Probleme und Herausforderungen der wachsenden Metropole Berlin zu diskutieren. Nach Charlottenburg-Wilmersdorf, Treptow-Köpenick und Reinickendorf kommt Kai Wegner dafür am 17. Juli nach Pankow. Interessierte können sich hier anmelden:





**Stefan Evers (42) ist seit April 2023 Bürgermeister und Senator für Finanzen in Berlin. Seit 2011 ist er zudem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Von 2016 bis 2023 war er Generalsekretär der CDU Berlin.**

## „Das sind gute Nachrichten für alle Berliner!“

Es war ein Donnerschlag als am 10. April 2018 das Bundesverfassungsgericht die bis dahin gültige Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärte. Es ging um Werte, die in den alten Bundesländern aus dem Jahr 1964 stammten, in den neuen Bundesländern sogar noch aus 1935. Aber was bedeutete das für alle Eigentümer und auch Mieter? Drohen gewaltige Kostensteigerungen? Das Abgeordnetenhaus hat jetzt eine Regelung getroffen, darüber sprachen wir mit Finanzsenator Stefan Evers (CDU).

**Berliner Rundschau (BR):** Die von Ihnen vorgelegte Reform der Grundsteuer ist beschlossen. Nach dem Senat hat auch das Abgeordnetenhaus abschließend zugestimmt. Was bedeutet das für die Berlinerinnen und Berliner?

**Stefan Evers (SE):** Das sind gute Nachrichten für alle Berliner! Wir haben immer gesagt: Berlin wird sich an der Reform der Grundsteuer nicht bereichern. Das Wohnen soll im Durchschnitt mit der neuen Grundsteuer nicht teurer werden als vorher. Das haben wir versprochen, und daran halten wir uns. Wir haben den Hebesatz nahezu halbiert, und bei den Messzahlen haben wir ebenfalls unseren Handlungsspielraum genutzt. Zum Vergleich: In vielen anderen Kommunen wurden die Hebesätze in den letzten Monaten und Jahren teilweise drastisch erhöht. Diesen Weg sind wir hier bewusst nicht gegangen. Die Berlinerinnen und Berliner können sich auf die CDU verlassen.

„Berlin wird sich an der Reform der Grundsteuer nicht bereichern.“

**(BR):** Viel Zeit hatten Sie ja dafür nicht, oder?

**(SE):** Mir war wichtig, dass die Grundstückseigentümer schnell Klarheit und Planungssicherheit bekommen. Deshalb habe ich die Reform der Grundsteuer entschieden vorangetrieben. So ist es Berlin als erstem Bundesland gelungen, bis zum Ende des Jahres 2023 fast alle Grundsteuerwertbescheide zu erteilen. Auf dieser Grundlage haben unsere Fachleute Veränderungen der Grundsteuerbelastung genau analysiert und berechnet. Die Zahlen haben gezeigt: Es bestand Handlungsbedarf – also haben wir gehandelt.

**(BR):** Wann werden die Bescheide erlassen, also wann wissen die Berliner Bescheid, wie viel Grundsteuer sie bezahlen müssen?

**(SE):** Die Bescheide für die neue Grundsteuer sollen Ende des Jahres erlassen werden. Übrigens, für alle, die schon früher einen Überblick über ihre neue Grundsteuer erhalten möchten: Wir bieten auf der Homepage

der Senatsverwaltung für Finanzen einen digitalen Grundsteuerrechner an. Damit kann jeder seine persönliche Grundsteuer ab 2025 auf Basis der neuen Gesetzeslage schon heute berechnen.

**(BR):** Warum musste die Grundsteuer überhaupt reformiert werden?

**(SE):** Wir mussten an die Grundsteuer ran, weil das Bundesverfassungsgericht die bisherige Grundsteuererhebung für verfassungswidrig erklärt hat. Sie beruhte auf völlig veralteten Grundstückswerten, auch wurde im Westen oft viel mehr bezahlt als im Ostteil der Stadt. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass einheitliche Maßstäbe gelten und die Höhe der Grundsteuer für vergleichbare Grundstücke angeglichen werden muss.

**(BR):** Das hat ja bei vielen Grundstückseigentümern für große Unruhe in der letzten Legislaturperiode gesorgt....

**(SE):** Absolut. Ich persönlich hätte mir auch einen anderen Weg gewünscht. Zur Erinnerung: Der rot-

**IMPRESSUM** CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, oduberlin@cdu.berlin; REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Janine Remme, Oliver Cywinski; SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei: Vettters

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: iStockMeliki Nimages; Seite 3: Michael Benett; Seite 4 und 5: 5 x Carol

rot-grüne Vorgängersenkung hatte noch entschieden, das viel kritisierte „Scholz-Modell“ zur Berechnung der Grundsteuerwerte zu nutzen. Viele Eigentümer haben deshalb Bescheide erhalten, die einen vielfach höheren Wert als bisher aufwiesen. Außerdem wurde das Thema schlecht kommuniziert. Auch das habe ich geändert – mit Informationsschreiben, mehreren Erklärvideos und ausführlichen Informationen auf unserer Homepage.

**(BR):** Wird das Wohnen denn jetzt für alle günstiger?

**(SE):** Nein, nicht für alle. Wohnen wird im Durchschnitt mit der neuen Grundsteuer nicht teurer. Das heißt, einige Eigentümer werden weniger, andere aber auch mehr Grundsteuer zahlen müssen. Das kann zum Beispiel dann der Fall sein, wenn bisher eine zu geringe Steuer gezahlt wurde als für ein gleichwertiges Grundstück



in vergleichbarer Lage. Mir war wichtig, dass niemand um seine Existenz fürchten muss aufgrund der neuen Grundsteuer. Deshalb haben wir zusätzlich noch eine Härtefallregelung für etwaige Einzelfälle geschaffen, in denen die Grundsteuer den jeweiligen Eigentümer in seiner Existenz gefährden würde.

Neukirch; Seite 6 und 7: 2 x Paul Schneider; Kai Wegner; Seite 8 und 9: 5 x KI; Seite 10: Alexander Brügge, Tobias Koch; Seite 11: Carol Neukirch; Seite 12: Marcel Schröder; Seite 13: Tobias Koch; Seite 14: Oliver Cywinski, CDU Berlin; Seite 15: 3 x Dirk Reitze Seite 16: KI

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.



## Fußball-Umfrage: CDU-Mitglieder mit klarer Haltung



18 Jahre nach dem „Sommermärchen“ ist Deutschland Gastgeber für das größte europäische Fußballturnier. Aus diesem Anlass befragte der CDU Landesverband seine Mitglieder zu aktuellen sportpolitischen Themen. Insgesamt 1.124 Mitglieder beteiligten sich an der Online-Umfrage, in der neben einer persönlichen Einschätzung zum Abschneiden der deutschen Nationalelf

bei der aktuellen Fußball-EM auch um die Meinung zu kontroversen Themen gebeten wurde. Dass die deutsche National-Elf am Ende des Turniers triumphiert, glaubten nur 8,6%.

Insgesamt sehen etwa 65% der Befragten die Kommerzialisierung des Fußballs kritisch, da dadurch „die Faszination und Freude am Spiel verloren“ gehe. Nur jeder Vierte meint, dass der heutige Spitzenfußball nur so zu finanzieren wäre. Darüber hinaus würde es eine große Mehrheit von 85,3% befürworten, wenn die Fußballvereine bzw. die Deutsche-Fußball-Liga für die zusätzlichen Polizeikosten bei sog. „Hochrisikospielen“ (anteilig) aufkommen müssten. Dabei handelt es sich um Fußballspiele, bei denen aufgrund von befürchteten Ausschreitungen von Fans der Einsatz von Polizeikräften besonders hoch ist. Dass Russland nach seinem Angriff auf die Ukraine von internationalen Sportveranstaltungen wie der EM 2024 aktuell ausgeschlossen ist, begrüßen die meisten Umfrageteilnehmer (58,2%). 22,1% sind dafür, die Sportler als Einzelpersonen unter neutraler Flagge an Sportveranstaltungen teilnehmen zu lassen. 16,9% meinen, unter einem solchen Ausschluss würden vor allem die Sportler leiden.

Wollen auch Sie als Mitglied an den Umfragen teilnehmen, dann stellen Sie bitte sicher, dass Ihre Kreisgeschäftsstelle eine aktuelle E-Mail-Adresse von Ihnen hat.

## Es gibt keine Mehrheit ohne die Union



Es war ein Paukenschlag Anfang des Jahres als eine Umfrage offenbarte, dass nur noch 17% der Bundesbürger mit der Ampelregierung zufrieden sind. Der sich stets seriös gerierende Kanzler Scholz war zuvor mit seinen Haushaltstrickserien vom Verfassungsgerichtshof

gestoppt worden, dem Vizekanzler Habeck war sein unausgeglichenes Experiment mit den Wärmepumpen um die Ohren geflogen. Seitdem hat sich die Situation nicht verbessert und die Umfragewerte der Parteien in der selbsternannten „Fortschrittskoalition“ rauschen in den Keller. Laut aktueller Sonntagsfrage zur Bundestagswahl des Institutes Forsa kommt die SPD nur noch auf 15 Prozent, die Grünen auf 11 Prozent und die FDP liegt mit lediglich 6 Prozent nahe der Fünfprozent-Hürde. Ganz anders stellt sich die Situation bei der CDU da. Als mit Abstand stärkste Kraft aus den Europawahlen hervorgegangen, dominiert sie auch die Wahlumfragen.

Laut obiger demoskopischer Erhebung kommt sie aktuell auf 31 Prozent. Damit ist sie beinahe so stark wie die drei Ampelparteien zusammen. Und es ist noch Luft nach oben. Laut aktueller INSA-Umfrage können sich weitere fünfzehn Prozent der Bürger vorstellen, die Union zu wählen. Zudem gibt es weitere gute Nachrichten. CDU-Chef Merz erklimmt im Ranking der beliebtesten Politiker Platz fünf und liegt damit neun Plätze vor Kanzler Scholz sowie weit vor Vizekanzler Habeck. Nimmt man die seit längerem konstanten Umfrageergebnisse als Grundlage, so gibt es zukünftig keine Regierungsmehrheit ohne die CDU.

## Das wirklich wahre Bild zum Wochenende

Seit einigen Wochen gibt es eine neue Rubrik im wöchentlichen Newsletter der CDU-Landesgeschäftsstelle und zwar „Das wirklich wahre Bild zum Wochenende“. Wie die Übertreibung im Namen des immer allerletzten Beitrages der Rundmail bereits vermuten lässt, ist es eben genau kein echtes Bild. Die „Fotos“ werden per künstlicher Intelligenz (KI) auf den Plattformen Chat-GPT oder Bing (von Microsoft) erstellt.

Faszinierend und beängstigend zugleich ist es, wenn man in etwa folgenden Befehl eingibt: „Erstelle ein Bild im Querformat. Es zeigt einen Politiker von hinten im Gegenlicht an einem Rednerpult. Man erkennt schemenhaft Menschen im dunklen Auditorium. Links und rechts steht ein Teleprompter. Auf einem steht „Nö“, auf dem anderen „Bla““



Nach einigen Korrekturen bei ChatGPT durch Markieren und neue Befehle, kommt dann dieses Bild heraus, das auf den unsäglichen Umgang von Olaf Scholz mit dem vernichtenden Wahlergebnis der SPD zur Europawahl eingeht. Ein anderes Mal gebührte das Bild abermals dem Kanzler und zugleich der TU-Präsidentin Geraldine Rauch, die beide keine Anlässe für Rücktritte sahen und am oft zitierten Amtsstuhl kleben.

Das Bekenntnis des Wirtschaftsministers Habeck „ich bin zu weit gegangen“ und seinen Umgang mit dem Gebäude-Energiegesetz, beschreibt ein eher explosives Bild aus der digitalen Zauberküche. Habeck sagt weiter:

„Ehrlicherweise“ sei es ja auch „ein Test“ gewesen, „wie die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz zu ertragen“. Und wahrscheinlich werden Sie es sofort sehen, dass die süßen BÄRliner-Ausflügler auf der letzten Seite an die See, auch bloß eine digitale Erfindung sind.



## Sauber!

Abfallbehälter leeren, Müll einsammeln, Sand harken - darum kümmert sich die Berliner Stadtreinigung (BSR) ab sofort in 23 zusätzlichen Parks, 50 weiteren Spielplätzen und acht neuen Waldflächen. Die CDU hatte schon seit langem gefordert, das im Jahr 2016 gemeinsam mit der BSR gestartete Pilotprojekt weiter auszuweiten. Mit der Reinigung von nun insgesamt 237 Berliner Grünanlagen unterstützt die BSR die bezirklichen Grünflächenämter, sodass diese sich auf die gärtnerische Pflege konzentrieren können. Damit man die Zeit im Grünen auch wirklich genießen kann!



## Deutscher Pass zum Nulltarif

Allen Warnungen zum Trotz hat die Ampel-Regierung Ende Juni ein neues Staatsbürgerschaftsrecht eingeführt. Noch nie kam man so schnell und einfach zum deutschen Pass: Statt bisher nach 8 Jahren, jetzt schon nach 5 oder sogar 3 Jahren. Der Doppelpass wird zum Standard. Zahlreiche Experten befürchten, dass Probleme mit Integrationsdefiziten und Parallelgesellschaften noch verstärkt werden. Für die CDU ist klar: Das Gesetz ist ein großer Fehler und Sicherheitsrisiko. Es werde das Tor weiter öffnen „für Menschen, die in unserem Land eigentlich keinen Platz haben dürfen“ (Friedrich Merz).



## In Vielfalt vereint – Schwarz und bunt passt wunderbar zusammen!

Sönke Alexander Siegmann, Vorsitzender der LSU Deutschland

Die LSU stellt sich deutlich hinter den Christopher Street Day und den Pride Monat. Der CSD und der Pride Monat sind nicht nur Ausdruck einer lebendigen und vielfältigen Stadt, sondern auch ein notwendiges Zeichen der Sichtbarkeit und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Jährlich zieht der CSD hunderttausende Menschen an und ist zu einem der größten und buntesten Events weltweit geworden. Dies zeigt uns, wie wichtig es ist, dass Berlin als offene und tolerante Metropole ein klares Zeichen gegen Diskriminierung und für die Rechte der LSBTIQ+ Gemeinschaft setzt. Die LSU ist mit dabei, weil der CSD und der Pride-Monat das Engagement und die Solidarität mit denjenigen symbolisieren, die nach wie vor um Gleichberechtigung kämpfen müssen. Wir als LSU haben eine gute weitere Gelegenheit, um auf die noch bestehenden Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen aufmerksam zu machen. Es ist unsere Verantwortung als politische Kraft, dieses Engagements zu unterstützen und für ein Berlin einzutreten, in dem jeder Mensch unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder Identität frei und sicher leben kann.



Wir müssen auch die Kritik an der CDU seitens des CSD e.V. und anderer queerer Organisationen hören. Diese kritisieren immer wieder, dass die CDU auf Bundesebene in der Vergangenheit nicht oft genug eine progressive Haltung in Bezug auf LSBTIQ+ Rechte eingenommen hat. Forderungen nach einer umfassenderen Anerkennung und Unterstützung LSBTIQ+ Belange, wie die längst überfällige Änderung des Artikel 3 Grundgesetz werden immer wieder laut.

Für uns als LSU und mich persönlich ist klar: Der Weg ist weiterzugehen. Aber gemeinsam! Wir haben mit Kai Wegner einen starken Unterstützer und ich einen persönlichen Freund, der sich immer dafür einsetzt, Differenzen durch konstruktiven Dialog und aktive Maßnahmen zu überwinden. Indem wir an dem Pride Monat und an dem CSD teilnehmen, zeigen wir Bereitschaft, uns für die Rechte und die Sicherheit der LSBTIQ+ Gemeinschaft einzusetzen. Die Botschaft ist klar: Berlin steht für Vielfalt und Akzeptanz – und die LSU ist ein Teil dieses Engagements. Wir freuen uns auf das, was verbindet – und versuchen, das Trennende zu überwinden.

## Eindämmung irregulärer Migration nicht aufschieben, Bargeld bei Bezahlkarte deckeln

Bei der Migrationspolitik in Deutschland und Europa braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel", zeigt sich der Vorsitzende der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak entschlossen. Unzufrieden ist der Rechtspolitiker mit der letzten Ministerpräsidentenkonferenz, dort wurde das Thema zwar behandelt, aber in den Dezember 2024 vertagt: „Olaf Scholz verschleppt Lösungen zur irregulären Migration.



Dezember ist deutlich zu spät, nicht in sechs Monaten, sondern in sechs Wochen brauchen wir konkrete Lösungen", fordert er. Die Wahlen zum Europäischen Parlament hätten gezeigt, dass ansonsten populistische und rechtsradikale Parteien immer mehr Zulauf bekommen.

Die CDU/CSU hat konkrete Vorschläge in den Bundestag eingebracht, um die irreguläre Migration nachhaltig einzudämmen. In ihrem Antrag „Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa – Für mehr Begrenzung und Humanität im Asylrecht“ fordern die Christdemokraten, dass mittel- und langfristig das Konzept der sicheren Drittstaaten zum Leitprinzip des europäischen Asylrechts

werden soll: Wer künftig in der EU Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. „Die Kapazitäten und die Akzeptanz für wirklich Schutzbedürftige haben wir nur, wenn wir uns auf diese Menschen konzentrieren und irreguläre Migration stoppen. Ansonsten scheitert Integration“, so Luczak.

Richtig findet der Abgeordnete die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zur Bezahlkarte für Asylbewerber. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner hatte sich dafür eingesetzt, den abhebbaren Geldbetrag bundeseinheitlich auf 50 € zu begrenzen: „Das reduziert Anreize zur irregulären Migration nachweislich und erschwert Schleusern das Geschäft. Das muss jetzt schnell auch in Berlin kommen“, sagt Luczak. Für die ablehnende Haltung der SPD-Sozialsenatorin Kiziltepe hat er kein Verständnis: „Wenn Brandenburg die Bargeldobergrenze bei 50 € festsetzt und es in Berlin keinerlei Beschränkungen gibt, wäre das ein enormer Pull-Effekt. Das darf nicht passieren.“

## „Ein Gewinn für die wachsende Stadt“

Sie ist genau die Richtige in dieser Zeit“ - davon ist nicht nur Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner überzeugt. Ein Gewinn für die wachsende Stadt, so beschreibt sie etwa der Tagesspiegel. Gemeint ist damit Ute Bonde, Berlins neue Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Sie gilt als ausgewiesene Verkehrsexpertin mit viel Erfahrung: Die Juristin war zuletzt als Geschäftsführerin des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) tätig, arbeitete zuvor viele Jahre in verschiedenen leitenden Funktionen für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und in der Berliner Verwaltung.

Bereits bei ihrem Amtsantritt machte Ute Bonde klar: Sie wird den unideologischen und pragmatischen Weg ihrer Amtsvorgängerin in der Verkehrs- und Klimaschutzpolitik fortsetzen und dabei alle Verkehrsteilnehmer in den Blick nehmen. Ebenso wie Manja Schreiner hält auch Berlins neue Senatorin nichts von Verboten oder Einschränkungen für Autofahrer: „Es gilt für mich, dass es keine Verbote gibt, sondern dass es Angebote gibt.“

Dabei gehören Angebote und Innovationen für die studierte Juristin untrennbar zusammen. Nur auf diesem Weg lässt sich der Klimaschutz im Verkehrssektor entscheidend voranbringen. Elektromobilität, Autonomes Fahren und neue Mobilitätsformen können für die Menschen in unserer Stadt völlig neue Bewegungsfreiheiten schaffen. Gleichzeitig können beispielsweise digitale Verkehrssteuerungen Staus reduzieren und damit auch wieder einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Um das Ziel der Klimaneutralität in Berlin zu erreichen, stehen jedoch nicht nur im Verkehrssektor große Aufgaben an. Es sind enorme Investitionen etwa im Bereich der Tiefen Geothermie, der Wärmewende oder der Gebäudesanierung notwendig - und das angesichts der schwierigen finanziellen Lage Berlins. „Das ist eine große Herausforderung, der ich mich stelle“, so die Senatorin. Hinzu kommt die über Jahrzehnte gewachsene Bürokratie, insbesondere im Baubereich.

Auch der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muss schneller möglich sein. Dieser ist für die Senatorin, die für ihren Arbeitsweg selbst oft die S-Bahn nutzt, eine „Herzensangelegenheit“. Ihr Ziel sei es, den ÖPNV so auszubauen, dass die Menschen ihn noch häufiger nutzen, so Bonde. Dazu gehört natürlich nicht nur die bessere Anbindung der Außenbezirke, sondern beispielsweise auch mehr Sicherheit und Sauberkeit



Senatorin Ute Bonde und der Regierende Bürgermeister Kai Wegner bei der Vorstellung der neuen Straßenbahn-Generation „Urban Liner“, der „langen Gelben“, der BVG

auf den Stationen und in den Fahrzeugen. Nur wenn der ÖPNV attraktiv ist, steigen noch mehr Pendler um und nicht, weil Bezirke im Zentrum aus ideologischen Gründen die Straßen blockieren.

Der Klimaschutz kann auch im Bereich des Güterverkehrs noch besser werden. Berlin hat viele Wasserwege, die viel stärker genutzt werden könnten, mit Solarbooten auch vollständig klimaneutral. Dass dies nicht zu Lasten der Gewässer gehen darf, ist für die Senatorin, die auch für die Umwelt zuständig ist, selbstverständlich. Schließlich wollen wir alle den Naherholungswert unserer Natur erhalten – sei es in den Berliner Forsten oder in sauberen und sicheren Parks und Grünflächen im Zentrum.

Lebensadern der Mobilität in der wachsenden Stadt bleiben aber natürlich Berlins Straßen. Neben dem Bau der Tangentialen Verbindung Ost (TVO), einem besseren Verkehrsfluss auf den Hauptstraßen und einem besseren Baustellenmanagement will die neue Senatorin auch die Sanierung von Radwegen weiter vorantreiben. Verkehrssicherheit muss für alle Verkehrsteilnehmer gelten. „Mir geht es darum, gemeinsam zu einem guten Miteinander auf den Straßen zu kommen“, erklärt Ute Bonde. Hier hält sie es ganz mit ihrer Vorgängerin: Das geht nur mit mehr gegenseitigem Respekt aller Verkehrsteilnehmer.



Ein Namensbeitrag von Conrad Clemens, der bislang Staatssekretär und Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund ist und mit Wirkung zum 16. Juli 2024 zum neuen Chef der Sächsischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien berufen wurde. Conrad Clemens war unter anderem von 2006 bis 2011 Bezirksverordneter in Neukölln und von 2009 bis 2012 Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin.

## Warum die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg keine „Ost-Wahlen“ sind

Mit Michael Kretschmer in Sachsen, Jan Redmann in Brandenburg und Mario Voigt in Thüringen geht die CDU mit drei starken Kandidaten in die bevorstehenden Landtagswahlen. Die Herausforderungen sind andere als noch vor fünf Jahren: In der Bundesregierung regieren drei Parteien, die bei uns politisch nur noch eine Nebenrolle spielen, mit dem Bündnis Sarah Wagenknecht hat ein neues Konstrukt bei der Europawahl viele Wähler für sich gewinnen können, während die AfD nahezu flächendeckend stärkste Kraft wurde. Dennoch blicke ich zuversichtlich auf die drei Wahlen. Die CDU wird am 1. und 22. September gewinnen.

Wichtig ist mir, dass wir der Versuchung widerstehen Ostdeutschland immer in einen Topf zu werfen. In den letzten Jahren bin ich zwischen Berlin-Mitte und Herrnhut in der Oberlausitz gependelt und weiß wie vielfältig „der Osten“ ist. Die Fortführung des Ost-Narrativs halte ich nicht für zielführend. Selbstverständlich gibt es strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, die uns noch lange begleiten werden - insbesondere bei der Wirtschaftsstruktur und bei der Vermögensverteilung. Als politische Akteure sollten wir aber die regionalen Identitäten fördern. Der Freistaat Sachsen ist eine besondere Erfolgsgeschichte. Auf unsere Bildungspolitik, Hochtechnologie (TSMC), Finanzpolitik und Innere Sicherheit können wir stolz sein. Wir sollten uns deshalb die Zeit nehmen, von Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu sprechen und nicht von den Ost-Wahlen.

In Sachsen liefern sich Union und AfD ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Mit einem engagierten Wahlkampf und einem beliebten Michael Kretschmer setzen wir vor allem auf Bürgernähe. Unermüdlich eilt Kretschmer von Termin zu Termin. Wir reden mit allen. Aber wir

regieren nicht mit jedem. Eine klare Abgrenzung zur AfD ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Natürlich grenzen wir uns auch von der Ampel-Politik ab, vor allem bei der Begrenzung der Migration, aber wir setzen mehr auf Landesthemen. Es ist keine Abstimmung über Berlin, sondern eine Sachsenwahl. Neben Bildung und Sicherheit ist die medizinische Versorgung im ländlichen Raum eine Herausforderung und die immer teurere Pflege im Alter.

In Brandenburg geht es für Jan Redmann und die CDU darum, die SPD endlich als Regierungspartei abzulösen. Aktuelle Umfragen sehen beide Parteien gleich auf, jedoch die AfD noch mit einem Vorsprung von sechs Prozent. Insbesondere die Unterschiede zwischen ländlichem Raum und dem wachsenden Berliner Umland hat Jan Redmann im Blick. Mit einem Programm für alle Brandenburger ist der Erfolg in Reichweite.

Gleiches gilt für Mario Voigt in Thüringen. Auch hier liegt die AfD in den Umfragen noch vor der Union. Nicht zuletzt der starke Auftritt von Mario Voigt beim TV-Duell mit Björn Höcke hat gezeigt, man kann und muss die AfD auch inhaltlich stellen. Wenn das auch im Wahlkampf gelingt, ist alles möglich. Thüringen braucht wieder stabile Verhältnisse. Und die kann es nur mit einer CDU an der Regierungsspitze geben. Die Kommunalwahlen haben gezeigt, wie stark verankert die CDU in den Landkreisen ist.

Dass uns spektakuläre Regierungswechsel gelingen können, hat die CDU Berlin mit einem fulminanten Wahlkampf von Kai Wegner und seinem Team gezeigt. Ich schaue mir viel ab: Die Bürgerbüros von Lichtenberg gibts jetzt auch in Sachsen. Euer Erfolg ist ein Ansporn für uns.



Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner, in einem Namensbeitrag.

## Und der „große Tanker“ Berlin bewegt sich doch

Die CDU regiert in Berlin und das macht sich mehr und mehr bemerkbar. Die harte Arbeit des ersten Regierungsjahres hat sich gelohnt. Wir sind nicht zufrieden – dürfen wir auch nicht sein. Zu viel Arbeit liegt noch vor uns. Den großen Tanker Berlin vom Linkskurs der letzten Jahre wieder in die bürgerliche Mitte zu manövrieren, kostet Zeit und Kraft. Es gibt aber Erfolge.

Beginnen wir bei der umfassenden Novellierung des Berliner Schulgesetzes, mit dem das Schulsystem von der Kita bis zur Oberstufe ab dem 1. August grundlegend reformiert wird. Unsere Berliner Kinder sind nämlich nicht dümmer als andere Kinder in Deutschland – sie haben „nur“ unter fast drei Jahrzehnten roter Bildungspolitik gelitten. Die Änderungen umfassen etwa einen klar geregelten Zugang zum Gymnasium, das 11. Pflichtschuljahr für noch orientierungslose Jugendliche sowie die Stärkung der vorschulischen Förderung durch ein sogenanntes „Kitachancenjahr“, denn noch werden zu viele Kinder ohne Deutschkenntnisse eingeschult. Außerdem wird ab 2025/26 das Probejahr am Gymnasium abgeschafft. Kindern, die das Gymnasium nach der siebten Klasse verlassen müssten, wird so eine herbe Enttäuschung erspart. Stattdessen dürfen nur noch Kinder mit überwiegend „Zwei“ in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache aufs Gymnasium. Andere müssen einen Probeunterricht absolvieren. Der individuelle Bildungsweg wird so auf die Bedürfnisse des Kindes angepasst und nicht andersherum. Zudem wird das elfte Pflichtschuljahr eingeführt, gerade für jene, die wir ansonsten in die Arbeitslosigkeit verlieren würden. Damit haben wir mehr Möglichkeiten sie auf die Zeit der Ausbildung vorzubereiten.

Von den Schulen zu den Universitäten: Das Ordnungsrecht im Hochschulgesetz kommt zurück. Personen, die gewalttätige und antisemitische Übergriffe auf Kommuni-

litonen begehen, wie jüngst geschehen, müssen durch die Unileitung bestraft werden können. Bis dato gab es lediglich die Möglichkeit, ein 3-monatiges Hausverbot zu erteilen. Das ist inakzeptabel. Das Ordnungsrecht wurde kurz vor der Wahl 2021 auf einen Antrag von Rot-Rot-Grün gestrichen, ohne dass die Hochschulen selbst dazu angehört wurden! Die CDU hatte Verfahren und Inhalte der Novelle harsch kritisiert, auch weil dies eine Einschränkung der Hochschulautonomie bedeutete. Ordnungsrecht kann zudem auch bei sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt eingesetzt werden. Das Ordnungsrecht ist ein dringend erforderliches Instrument einer widerstandsfähigen Demokratie. Wer andere physisch angreift, aus Hörsälen verbannt oder bedroht, sollte nicht die Möglichkeit haben, an einer deutschen Hochschule zu studieren.

Bleiben wir beim Thema Sicherheit und Ordnung: Wir konnten den Weg für wichtige Änderungen des sogenannten Grünanlagengesetzes ebnen. Nun ist die De-Facto-Duldung von Kriminalität in Parks passé und wahnwitzige Gedankenspiele um Dealer-Zonen sind endgültig abgehakt. Jetzt können auch Parks als kriminalitätsbelastete Orte eingestuft werden, was der Polizei hilft. Auch die Umzäunung und nächtliche Schließung von Grünanlagen, wie etwa dem „Görli“, ist nun rechtssicher möglich.

Eine intelligente Reform des Schulgesetzes, die Wiederherstellung von Common Sense im Hochschulgesetz und endlich ein an der Realität orientierter Umgang mit Dealern in unseren Parks. Dazu haben wir endlich wieder ein vollständig besetzten Verfassungsgerichtshof von Berlin und die Enquete-Kommission für gesellschaftlichen Zusammenhalt auf den parlamentarischen Weg gebracht. Keine Sorge: Keine Zufriedenheit führt zum Zurücklehnen in der Sommerpause. Im Gegenteil werden wir mit voller Kraft den Tanker weiter zurück in die Mitte steuern.







# Pack die Badehose ein

Sommerzeit ist Urlaubszeit. Viele Berliner werden auch dieses Jahr ihre Koffer für einen Urlaub packen. Doch warum in die Ferne schweifen, wenn unsere Stadt im Sommer doch so viel zu bieten hat?

Wem es auch zur „Badewanne Berlins“, also nach Usedom oder an die Ostsee, zu weit ist, der findet sicher einen Platz zum Entspannen vom stressigen Alltag quasi überall in einem der mehr als 2.500 Parks und Gärten oder Wälder in und um Berlin. Vom Britzer Garten, über den Viktoriapark, bis zum Natur-Park Schöneberger Südgelände und den Gärten der Welt – Berlins Natur wartet nur darauf, entdeckt zu werden. Ein besonderes Highlight für Jung und Alt ist auch in diesem Sommer die „Botanische Nacht“ am 19. und 20. Juli 2024, in der sich der Botanische Garten in eine zauberhafte Welt aus Licht, Musik und Magie verwandelt.

„Pack die Badehose ein“, das gilt heute wie damals an heißen Sommertagen in der Hauptstadt. Nicht nur der Wannsee, sondern auch die Strand- und Freibäder, Flüsse und Badeseen bieten zahlreiche Möglichkeiten, die Sonne zu genießen oder sich eine Abkühlung zu verschaffen. Für einen Tagesausflug locken auch die zahlreichen Strände und Kurbäder der Ostsee, der „Badewanne Berlins“, die heute nicht viel mehr als einen Katzensprung mit dem Auto oder Zug entfernt sind.

Draußen spielt die Musik! Bei der „Staatsoper für alle“ am 13. Juli 2024 gilt das wortwörtlich. Mitten im Herzen Berlins spielt die Staatskapelle Berlin, eines der ältesten Orchester der Welt, auf dem Bebelplatz in historischer Kulisse. Ein Highlight (nicht nur) für Klassik-Fans (Eintritt

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14057 Berlin

kostenfrei)! In lauen Sommernächten kommen auch Kino-Fans auf ihre Kosten: Die Berliner Freilichtkinos bieten ein buntes Angebot aus aktuellen Blockbustern und alten Klassikern für einen entspannten Filmabend unter Sternenhimmel.

Bei der Langen Nacht der Museen am 24. August 2024 öffnen auch in diesem Jahr wieder 75 Museen und Ausstellungsorte in der ganzen Stadt des Nachts ihre Tore. Unter dem Thema „Berlin Secrets“ können Besucher von 18 Uhr bis 2 Uhr morgens auf Spurensuche gehen und durchs Schlüsselloch blicken.

Wo und wie auch immer Sie den Sommer verbringen werden: Wir wünschen Ihnen schöne und erholsame Tage voller bleibender Erinnerungen! Ihre CDU Berlin

